



erhöht worden und damit habe sich die Leistungsfähigkeit der Organisationen gehoben. Ueberall herrsche reges Leben, überall geschlossene Einigkeit in Zentralverbänden. Die Fachpresse der Gewerkschaften lasse erkennen, daß ihre Redakteure ihre Aufgabe immer mehr erfüllt hätten: „Wir haben unsere christlichen Gewerkschaften so weit ausgestattet, daß wir nunmehr eine feste Basis für unsere Operation haben.“

„Die Idee der christlichen Gewerkschaftsbewegung hat sich durchgesetzt.“ Von diesem Gesichtspunkte behandelt dann der Redner die christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, in der Volkswirtschaft und im öffentlichen Leben. Die deutsche Arbeiterbewegung sei von Anfang an zerplittert gewesen. Die Schuld an der heutigen Zersplitterung trage die Sozialdemokratie, die heute offen bekenne „Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften sind eins!“ Die christlichen Gewerkschaften hätten mit Erfolg eine Emanzipierung von der Sozialdemokratie und die Vertretung der berechtigten und durchführbaren Arbeiterforderungen angestrebt. Der Begriff des Christentums sei in der Arbeiterbewegung kein fremdes Element, es idealisiere vielmehr die Arbeit und biete allein den Boden, auf dem Gerechtigkeit in die Arbeiterverhältnisse hineingebracht werden könne. Redner mündet sich dann in längeren Ausführungen den katholischen Fachabteilungen zu. Zehnjährige Praxis habe gezeigt, daß Katholizismus und Protestantismus genügend gemeinsame religiöse und sittliche Grundlagen besitzen, um ein erfolgreiches Zusammenwirken zu ermöglichen, ohne daß das religiöse Bewußtsein darunter leide. Die Fachabteiler vermüßten die ganzen Prinzipien der selbständigen Arbeiter der Gewerkschaftsbewegung, so den Kampf um bessere Arbeits- und Lohnbedingungen und erwarteten jede Verbesserung vom Eingreifen des Staates. Bei der Besprechung über die Beziehungen der christlichen Gewerkschaften in der Volkswirtschaft geht Redner von der Erscheinung aus, daß man im wirtschaftlichen Leben trotz der Billigung der Grundprinzipien den christlichen Gewerkschaften vielfach Antipathie entgegenbringe, weil man in bürgerlichen Kreisen den Kern der Lohnarbeiterfrage noch gar nicht erkannt habe. Demgegenüber betont Redner: „So sehr wir an unseren Grundsätzen religiöser und nationaler Art festhalten, so entschieden stehen wir auf den Standpunkt der Arbeiterbewegung. (Lebhafter Beifall.) Die Schuld an den getadelten vielen Streiks trägt nicht die Arbeiter, sondern die einseitig-losen besitzenden Kreise. Es habe sich eine nach 7-10 Millionen Köpfen zählende Lohnarbeiterklasse entwickelt, die Beachtung erfordere, und die Lohnarbeit sei die unentbehrliche und unabwendbare Begleitererscheinung unserer großindustriellen kapitalistischen Entwicklung. Im öffentlichen Leben nehmen die christlichen Gewerkschaften eine unparteiische Stelle ein, um den Anhängern aller politischen Parteien die Mitarbeit zu ermöglichen. Das schließe aber nicht aus, daß die Mitglieder sich im politischen Leben betätigten.“

Im allgemeinen werde darauf zu achten sein, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht in das Fahrwasser einseitiger Parteibestrebungen gezogen werde. Es sei ja auch schon von einer neuen Parteigründung gesprochen worden. Eine solche würde sich natürlich nicht im Rahmen der Gewerkschaften vollziehen können, wohl aber liege die Möglichkeit vor, daß die gewerkschaftlichen Kreise die Initiative ergreifen, um außerhalb der Gewerkschaft diesen Gedanken weiter zu verfolgen. Redner kommt zum Schluß: „Wir können mit unseren Erfolgen voll und ganz zufrieden sein. Das soll aber nicht bedeuten, daß wir auf unseren Lorbeeren ausrücken können; wir werden jetzt mit umso größerer Tatkraft vorwärts streben. Dabei leitet uns der große Gedanke, die deutsche Arbeiterbewegung zurückzuführen auf den Boden der christlichen und nationalen Ideale und auf diesem Boden der Arbeiterwelt die ihr gebührende Stellung zu erkämpfen.“ (Stürmischer Beifall.)

Es wurde hierauf beschlossen, den Vortrag Wiesberts als Broschüre herauszugeben.

In der Nachmittagsitzung begrüßte der Vorsitzende Wieberg zunächst den bayerischen Landtagsabgeordneten Schirmer. Alsdann ging man

gleich in der Tagesordnung weiter zu dem letzten großen Referate über:

### Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen

Das Wilhelm Köhling (Düsseldorf) besprach. Er warf zuerst auf Grund der Statistik einen Blick auf die Ausbreitung der Frauenarbeit. Danach waren 1904 998 107 Frauen in Deutschland als Arbeiterinnen tätig, darunter 377 773 in der Textilindustrie, 173 830 in der Bekleidungsindustrie und bei der Reinigung, 133 030 in der Berufsgruppe der Nahrungs- und Genussmittel. Bei den sozialdemokratischen Gewerkschaften seien 48 000, bei den christlichen Gewerkschaften 12 000 und bei den Hirsch-Duisdorschen Gewerkschaften 10 000 Arbeiterinnen organisiert. Die Frau bräute eben der Organisation noch keinrichtiges Verständnis entgegen. Die Arbeiterinnen haben zu wenig wirtschaftspolitisches Verständnis und haben dadurch, daß der Arbeitgeber sie schlechter bezahle, gelernt, sich selbst gering zu schätzen. Man werde sie nur für die Organisation gewinnen können, wenn die Männer sie als gleichberechtigte Mitarbeiterinnen ansehen.

Fräulein Behn (Berlin) als Korreferentin führte aus: Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen sei eine der dringendsten und zugleich schwierigsten Aufgaben des Arbeiterstandes. Alle Wege, die diesem Ziele näher führen, seien daher, ohne die Eigenart und Selbstständigkeit der Frau zu beeinträchtigen, zu beschreiten. Der erfolgversprechendste Weg sei die Hausagitation, das Werben von Person zu Person.

In der Diskussion betonte Schwarzger (München) die Notwendigkeit, auch die Dienstmädchen zu organisieren. — Frau Grüneberg (Berlin) wandte sich gegen den Berichterstatter Köhling, der die Frauen, wenn auch nicht als minderwertig, doch aber als nicht vollwertig bezeichnet habe. Köhling wolle den Frauen eine Heiratsprämie zugestehen. Auch die Heiratsprämie gefiel ihr nicht. Dem englischen Mädchen erscheine eine solche als willkommene Gabe, das deutsche aber werde stets sagen, es denke nicht an Heiraten. (?)

Es wurde noch beschlossen: eine Dienstmädchen-Organisation anzulegen, ferner der Ausbildung von Agitatoren ein größeres Augenmerk zuzuwenden, paritätische Arbeitsnachweise zu errichten, und durch belehrende Vorträge usw. den Mißbrauch geistiger Getränke zu bekämpfen.

Es wurde endlich noch beschlossen, dem Reichstage eine Resolution zu unterbreiten, wonach Gewerkschaften bezw. deren Stellvertreter das Recht eingeräumt werde, bei Streiks und Aussperrungen die streitenden Parteien zu einer Sitzung zusammenzuberufen und beide Parteien unter Androhung von Strafen zum Erscheinen zu zwingen.

Die Tagesordnung war danach erledigt.

Mit einer kernigen Schlusssprache von Wieberg (Berlin) und einem dreifachen Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung wurde alsdann der Kongress geschlossen.

### Generalversammlung des Gesamtverbandes.

Die Verhandlung fand unter der Leitung des Vorsitzenden des Gesamtverbandes, Schiffer (Düsseldorf) statt. Nach der Eröffnung protestierte der Vorsitzende zuerst gegen die tendenziöse Berichterstattung eines Breslauer Blattes, der „Vorgenszeitung“, deren Berichterstatter aus dem Wiesbertschen Referat und in der Ansprache des Wschaffenburgers Arbeitersekretärs Oswald herausgehört hatte, daß beide die Gründung einer eigenen politischen Partei befürwortet hätten. Unter lebhafter Heiterkeit konstatierte der Redner, daß Oswald überhaupt nicht dazu gesprochen habe und Wiesberts genau das Gegenteil gesagt habe.

In seinem Klassenbericht bemerkte Generalsekretär Stegerwald, daß vom Gesamtverbande im Berichtsjahre in folgenden Orten Arbeitersekretariate errichtet wurden: In Berlin, in Rattowitz und in Neisse für Schlesien, in München und in Kaiserlautern für die Rheinpfalz. Größere Zuschüsse seien gegeben worden an die Sekretariate in Saarbrücken für das Saarrevier,

in Aneutungen für Lothringen und Mülhausen für das Elsaß und das übrige Südwestdeutschland. Desgleichen sei für die italienischen Arbeiter ein italienischer Sekretär angestellt worden in der Person des Herrn Dr. Valento. Zur geistigen Bildung der Mitglieder seien im Berichtsjahre mehrere Druckschriften und Bücher zu billigen Preisen an dieselben abgegeben worden. Ueber die Massenverhältnisse wurden folgende genauere Angaben gemacht: Die Einnahme betrug 62 505,81 M., der eine Ausgabe von 51 649,62 M. gegenübersteht. Der Kassenbestand betrug am 1. Januar 1905 20 858,19 M. Für das Zentralblatt, Organ des Gesamtverbandes, wurde eine besondere Kasse geführt. Es betragen hier die Einnahmen 2455,79 M., die Ausgaben 2360,22 M. Bei der Wahl des Ausschusses wurden gewählt von den Bergarbeitern: Köster-Essen, Behrens-Essen und Effert-Essen. Von den Bauhandwerkern: Wieberg-Berlin, Lange-Köln und Schmidt-Bachum. Von den Textilarbeitern: Schiffer-Düsseldorf, Besch-Arfeld und Sistenich-Nachen. Von den Metallarbeitern: Wieberg-Duisburg und Klost-Essen; Holzarbeitern: Kurtz-Köln; Hilfsarbeitern: Oswald-Wschaffenburg; Keramern: Vechner-Köln; Malern: Melcher-Düsseldorf; Krankenpflegern: Streiter-Berlin; Seimarbeiterinnen: Fr. Behn-Berlin; Tabakarbeitern: Camann-Rees; Schuh- und Lederarbeitern: Meyer-Pirmasens; Schneidern: Schwarzmann-München; graphischen Gewerben: Schwarz-Köln u. Bäckern; Schmitz-Düsseldorf.

Zum ersten Vorsitzenden wurde gewählt Herr E. M. Schiffer-Düsseldorf, der Vorsitzende des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter, zum zweiten Vorsitzenden Herr Behrens-Essen, der Generalsekretär des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter und zum Generalsekretär Herr Adam Stegerwald-Köln.

Es folgte dann ein Antrag auf Aenderung der Satzungen. Damit soll nämlich in Zukunft keine Generalversammlung des Gesamtverbandes mehr stattfinden, ihre Aufgaben sollen auf den Kongress selbst übergeben und zugleich sollen die nicht dem Gesamtverband angehörenden Verbände nicht mehr zu den Kongressen eingeladen werden.

Der Antrag über die Satzungsänderungen wurde angenommen.

Ein Antrag des Vorstandes, den Beitrag zum Gesamtverbande auf 20 Pfg. für männliche und auf 10 Pfg. für weibliche Mitglieder festzusetzen, wurde angenommen.

Ein Antrag Freiburg, das „Zentralblatt“ alle acht Tage herauszugeben, führte zu einer längeren Debatte. Es wurde darauf hingewiesen, daß das „Zentralblatt“ ein Viertel aller Einnahmen des Gesamtverbandes schon heute erfordere. Wiesbert, Redakteur des „Zentralblattes“, warnte davor, die Leute zu überflutern. Die Gewerkschaftsorgane seien immer mehr angewachsen. Er empfiehl eine entschiedenere Agitation für das „Zentralblatt“.

Es gab dann eine längere Polendebatte bei einem Antrage, für die polnischen Landesteile polnische Gewerkschaftsbroschüren herauszugeben. Der Antrag wurde schließlich auf Antrag Wieberg dem Gesamtverbande zur schnellen Erledigung überwiesen.

In ähnlicher Weise wurde ein Antrag, das allgemeine polnische Gewerkschaftsorgan zu vergrößern, behandelt; der Rest der Anträge, der die Anstellung von Sekretären in Pforzheim, Mannheim, Freiburg, Dresden, Danzig, Düren, Osnabrück und Amberg betraf, wurde dem Vorstande zur Erwägung überwiesen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Der Vorsitzende Schiffer warf dann im Schlußwort einen Rückblick auf die Verhandlungen.

Am Donnerstag folgte noch eine geschlossene Sitzung, in der u. a. über Grenzstreitigkeiten zwischen den verschiedenen Verbänden gesprochen wurde.

### Graphische Rundschau.

Das Personal der Druckerei des „Saarlouiser Journals“ (parteilos) hat gekündigt, weil ihm die Zugehörigkeit zum Verband unterlagt worden war.

Die Umgestaltung der Lithographen und Stein-drucker steht noch auf dem alten Fleck und sind bis zur

Stunde auch noch keine Aussichten auf Beilegung der Streitigkeiten vorhanden.

Die Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker schreibt dazu:

Der durch den Streit entstandene Gesamtschaden beläuft sich auf etwa 2 Millionen Mark. Die ausstehenden und die in den Streit verlegten Firmen, denen viele Aufträge liegen geblieben, andere verloren gegangen sind, sind hieran mit ungefähr einer Million beteiligt und auf die Gewerkschaft fällt der gewaltige Verlust von einer Million Mark. Rund eine halbe Million haben, wie die Gehilfen in ihren Organen selbst zugeben, die Streikunterstützungen beansprucht, die andere Hälfte kommt auf den Verdienstausfall der etwa 4500 Arbeitslosen.

Der **Rechtsschutzverein des Senefelderbundes** legt Wert auf die weiteste Verbreitung folgenden Artikels:

Es ist unwahr, daß die Gewerkschaftsstafle des deutschen Senefelderbundes gerichtlich beschlagnahmt sei. Allerdings ist in dem in unserem Auftrag gegen den D. S.-B. geführten Prozeß durch einstweilige Verfügung vom 1. Juni 1906 den Klägern die Ermächtigung gegeben, die Verwendung des Kassenerlöses zu gewerkschaftlichen Zwecken zu verhindern. Die Kläger aber haben schon am 2. Juni 1906 dem D. S.-B. in rechtswirksamer Form mitgeteilt, daß sie von diesem Rechte nur teilweise Gebrauch mache, indem das gesamte Vermögen der Gewerkschaftsstafle mit Ausnahme der unter Protest gehaltenen Beiträge freigeben. Eine Beschlagnahme hat überhaupt nicht stattgefunden, alle gegenteiligen Behauptungen beruhen entweder auf Unkenntnis oder auf absichtliche Täuschung.

Der Vorstand des Rechtsschutzvereins des D. S.-B., Frankfurt a. M.

**Die Ausperrung der Buchbinder ist beendet!**

Montag, den 30. Juli, wurde in den 3 Städten die Arbeit wieder aufgenommen. Der Vorstand des Verbandes deutscher Buchbindermeister, sowie die Vorstände der Streikleitungen in Berlin, Leipzig und Stuttgart unterzeichneten einen Vertrag, wonach der alte Tarif mit kleinen Nachbesserungen bis 1911 weiterläuft und die Prinzipale ihre Schadenersatzklagen gegen die kündigungssüß Feiern den zurückziehen. Wie wir noch kurz in unserer letzten Nummer berichten konnten, hatten Einigungsverhandlungen in Leipzig zwischen dem Prinzipalsverband und dem Verband der deutschen Buchbinder stattgefunden. Diese Verhandlungen hatten nun mit knapper Not zu einer Einigung, mit Vorbehalt der Zustimmung der Streikenden geführt.

Diese Zustimmung wurde aber in den Versammlungen in Berlin, Leipzig und Stuttgart abgelehnt und der Vorstand beantragt, mehr Zugewandtheit zu verlangen. Ueber die Stuttgarter Versammlung berichtet der „Korrespondent“ folgendes:

Aus einem Referat des früheren Verbandsvorsitzenden Dietrich in einer Stuttgarter Buchbinderversammlung über die Verhandlungen in Leipzig geht hervor, daß die Verhandlungen von Verband zu Verband geführt wurden und daß Dietrich, womit der Vorstand einverstanden, den Verband vertreten sollte. Der Verband der Gehilfen wurde somit als gleichberechtigt anerkannt. Die von den Gehilfen delegierten mit den Prinzipalen getroffenen Abmachungen — vorbehaltlich der Zustimmung der Streikenden — stellen fest: Die Unternehmer erkennen den Gehilfenverband an, der bisherige Tarif gilt bis 30. April 1911, die Minimallohne sollen für alle geleistet, im 6. Jahre der Berufstätigkeit stehenden Arbeiter vom 1. Mai 1907 ab für Berlin 50, Leipzig 48 und Stuttgart 46 Wfg. betragen, vom 1. Mai 1908 ab für Berlin 52, Leipzig 50 und Stuttgart 48 Wfg. Gehilfen Arbeiterinnen soll ab 1. Mai 1907 pro Stunde 1 Wfg. zugelegt werden. Der 1. Mai soll offiziell nicht freigegeben werden. Wegen dieser Bestimmung, erklärte Redner, „wollten wir den Kampf nicht verlängern. Jedes Jahr könne man doch keine solche Kraftprobe machen.“ Die Beiträge für die Organisation dürfen in den Werkstätten kassiert werden. In der Geschäftskommission sollen auch amorganisierte Arbeiter vertreten sein (vorausgesetzt, daß sie von ihren Kollegen gewählt werden). Leider ist es nicht gelungen, durchzusetzen, daß durchweg alle Streikenden wieder an ihre alten Plätze kommen“. Bezüglich der Unterzeichnung dieses Abkommens sagte Dietrich: „Es war daher zu bedauern, daß ein Leipziger Delegierter die Unterzeichnung verweigerte, worauf ich anderen erklärte, auch nicht zu unterschreiben. Da erklärten die Prinzipale die Verhandlungen als gescheitert. Das Lokal wurde verlassen und jede weitere Verbindung war unterbrochen. Nachträglich sind dann von uns die Unterstützungen doch noch gegeben worden. Die Kommission habe ihre Pflicht getan in vollster Wahrung der Achtung vor den Kämpfenden. Wenn der Abschluß nicht befriedige, so ist es nicht ihre Schuld. Die Kommission wolle die Versammlung in keiner Weise in ihrer Entscheidung beeinflussen. Wenn man aber alles glatt abhebe, siehe man auf dem gleichen Fiede wie anfangs voriger Woche. Es wird vielleicht möglich sein, den Entwurf den Wünschen der Streikenden entsprechend in einigen Punkten zu verbessern. Aber die geschlossene Verbindung möge man nicht völlig aufgeben.“ Die Berichterstattung des Herrn Dietrich löste eine lange Debatte aus, in der betont wurde, daß die Solidarität der nicht im Streit befindlichen Kollegen eine mangelhafte sei. Einzige Redner, z. B. auch der Gewerkschaftssekretär Häber, konnten ihre Ausführungen nur unter großer Anruhe zu Ende führen, gegen Dietrich wurde der Vorwurf erhoben, er habe Schachergeschäfte betrieben usw., so daß Dietrich erklärte: „Mit Ähragen seien Bewegungen noch nie zu Ende geführt worden, sondern nur unter kluger Umwägung der Tatsachen.“ Wie bereits gemeldet, wurde das Leipziger Abkommen von der Versammlung einstimmig verworfen, dagegen eine Resolution angenommen, welche erneute Verhandlungen unter größerer Wahrung der Gehilfeninteressen vorsehe.

Anfangs voriger Woche hatten auch die Berliner Innungsmeister ihre Drohung wahr gemacht und ein Teil der Mitglieder des Deutschen Buchbinder-Verbandes ausgeperrt.

In der neuesten Nummer der Buchbinderzeitung hat man endlich Raum, ausführlicher über die Verhandlungen etc. zu berichten. Bisheran war es das reine Versteckspiel. Wir werden in der nächsten Nummer darauf zurückkommen. In Berlin hat sich noch ein neuer „Deutscher Patriotischer Buchbinderverband“, „Einigkeit“ aufgetan, der „schon“ 14 Mitglieder hat.

Eine Berliner Zeitung berichtet noch folgendes:

In einer kürzlich verlaufenen Versammlung, die fast sechs Stunden währte, haben gestern auch die Berliner Buchbinder der in Leipzig vollzogenen Einigung zugestimmt, — freilich erst, nachdem ihnen von der Streikleitung mit düren Worten klargemacht worden war, daß ihnen weiter nichts übrig bliebe. Der von uns schon kurz gemeldete neue Tarifabschluß bedeutet für die Gehilfen eine vollständige Niederlage. Das wurde auch von den meisten Diskussionsrednern in der gestrigen Versammlung erklärt. Mit übermäßiger Mehrheit wurde die Resolution des Vorstandes, die sich für den Einigungsvorschlag erklärte, abgelehnt. Nun erklärte der Verbandsvorsitzende einhellig, diese Abstimmung könne nicht gelten, denn eine Ablehnung des Tarifvorschlags sei jetzt nicht mehr möglich. Wer nicht die Arbeit aufnehmen, werde nicht unterstützt. Es würde nun eine zweite Abstimmung vorgenommen, die zur Annahme des Tarifs führte. Am Montag wird aber die Arbeit noch nicht aufgenommen werden, sondern voraussichtlich erst am Dienstag.

## Gewerkschaftliches.

Der **Verband christl. Schneider und Schneiderinnen** hält in den letzten Tagen des Juli zu Frankfurt a. M. seine dritte ordentliche Generalversammlung ab. Wie die gesamte christliche Gewerkschaftsbewegung, zeigt auch dieser Verband in den letzten zwei Jahren ein erfreuliches Wachstum. Er zählt heute über 3000 Mitglieder, darunter 362 weibliche, gegen 1272 Mitglieder am Ende des 2. Quartals 1904. Einem raschen Anwachsen gerade dieser Organisation stellen sich naturgemäß die größten Schwierigkeiten in den Weg. Das bedeutendste Hindernis ist wohl das in der Bekleidungsindustrie weitverbreitete System der Heimarbeit. Der Verband hat die Organisation der Heimarbeit energisch in die Hand genommen und damit hauptsächlich im Maschinenburger Konfektionsbezirk relativ gute Erfolge erzielt. Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen in den beiden Berichtsjahren 42540,31 M., die Gesamtausgaben 42307,24 M. Die Einnahmen setzen sich zusammen aus 1828,25 M. Aufnahmegebühren, 31310,72 M. Beiträgen und 9401,34 M. Ertragsbeiträgen. Unter den Ausgaben figurieren 12412,96 M. Streikunterstützung, 676,58 M. Reiseunterstützung, 927,35 M. Krankenunterstützung, 135 M. Sterbegeld. Die Verwaltungskosten stellen sich auf 6626,23 M. Die Agitation erforderte 5029,55 M., das Verbandsorgan 3219,77 M. Wie für die gesamte Arbeiterchaft, so waren auch für die Schneider die Jahre 1905 und 1906 zwei harte Kampfsjahre, wie schon die Ausgabenquote für Streikunterstützung beweist. Der Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe injunzierte im Jahre 1906 eine sich über ganz Deutschland erstreckende Ausperrung, weil er Streitarbeit von Leipzig und Gießen nicht an anderen Orten unterbringen konnte. Seine scharfmacherischen Gelüste scheiterten aber an dem festen Bollwerk der Organisation. Nach berühmten Mustern spielte auch in dieser Bewegung die bekannte „Kreuzstätt“ eine große Rolle. Im Jahre 1906 wurden 23 Lohnbewegungen geführt, von denen jedoch nur sechs zum Streik führten. Die materiellen Vorteile, welche die Mitglieder aus diesen Bewegungen zogen, waren keine geringen. In der südwestdeutschen Konfektionsindustrie, wie auch in der Münchener, gelang der Abschluß eines Tarifvertrages. In der Maßbranche schlossen die meisten Lohnbewegungen mit Abschluß oder Erneuerung von Tarifverträgen ab. Der sozialdemokratische Schneiderverband suchte den christlichen mehrfach bei Lohnbewegungen zu ignorieren, aber überall mußte schließlich wohl oder übel die Anerkennung unserer Organisation erfolgen. Der erste Vorsitzende des Verbandes wurde nach Vereinbarung der Ausperrung in München nicht mehr in Arbeit genommen, weshalb seine Freistellung ab 1. Juli 1906 erfolgte. Früher schon wurde ein Sekretär für Rheinland und Westfalen freigestellt. Für Südwestdeutschland ist vorläufig die Freistellung einer halben Kraft erfolgt. Der Verband besitzt seit 1. Januar 1904 in der „Schneiderzeitung“ ein eigenes Organ, das vierzehntägig erscheint und vom 1. Vorsitzenden redigiert und verlegt wird. Entsprechend der großen Bedeutung des Unternehmens für die gesamte Heimarbeiterschaft beteiligte sich der Verband auch an der Heimarbeitersammlung in Berlin. Die Generalversammlung wird sich mit der Erhöhung der Beiträge und mit der Beilegung des Verbandsstreites von München in eine zentralere Lage befassen.

**Verbandsrat der christlichen Hilfs- und Transportarbeiter.** Der Zentralverband christlicher Hilfs- und Transportarbeiter hielt vom 15.—17. Juli in Mainz seinen dritten Verbandstag ab. Der vom Vorstand erstattete Geschäftsbericht bedeutet für den Verband während der zweijährigen Berichtsperiode eine äußerst günstige Entwicklung. Während die Mitgliederzahl am 1. April 1904 2865 betrug, stieg dieselbe bis zum 1. April 1906 auf 12967 und beträgt heute über 15000. Die Einnahmen des Verbandes betragen in den beiden letzten Jahren 14546 M., die Ausgaben 129807 Mark, der Kassenerlös am 1. April 28008 M. Ausgegeben wurden u. a. an Streiks- und Genesungsbekleidungsunterstützung 31164 M., Krankengeld 15030 M., sonstige Unterstühtungen 4094 M., Verbandsorgan 15696 M., Agitation 10272 M., u. Der Verband weist auf dem Gebiete der Besserstellung seiner Mitglieder bedeutende Erfolge auf; insbesondere wurde in bayerischen Staatsbetrieben und in einzelnen Gemeinden Aufgehändnisse erzielt, die für die beteiligten Arbeiter nahezu eine Million Mark Mehrerinnahme bedeuten. Der Verbandstag beschloß wichtige innere Reorganisationsen. Der sechstägige Wochenbeitrag von 20 Wfg. wurde in Staffelnbeiträgen umgewandelt. Danach beträgt

der künftige Wochenbeitrag für Arbeiter in Staatsbetrieben und solche in Bezirken, in denen der Wochenlohn unter 12 M., beträgt 20 Wfg., für die in städtischen Betrieben Beschäftigten und Arbeiter in Bezirken mit einem Wochenlohn von 12—18 M. 30 Wfg. und Arbeiter in Bezirken bezw. Orten die mehr als 18 M. wöchentlich verdienen 40 Wfg. Auch das Unterstühtungswesen des Verbandes wurde bedeutend erweitert. Die Mitglieder der dritten Beitragsklasse haben Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, die je nach der Mitgliedschaftsdauer wöchentlich 4,30—9 M. beträgt. — Mit den bisherigen niedrigen Beiträgen wurde also auch hier gründlich aufgeräumt.

## Rundschau.

Der Verband der **reichsländischen Buchdrucker** beschloß, wie dem Berl. Tzbl. ein Privattelegramm meldet, seinen Anschluß an den deutschen Verband. Die Tarifinteressen des reichsländischen Verbandes geraten freilich hierdurch ins Hintertreffen, da die Reichsländer die am weitesten vorgeschrittenen in dieser Beziehung waren. (Letzteres trifft nicht zu; die dortigen Tarifbestimmungen sind keineswegs bessere wie die des deutschen Tarifes. Was die elsaß-lothringischen Buchdrucker bisher abgelehnt hat, dem deutschen Buchdrucker-Verband beizutreten, war in der Hauptsache der etwas (circa 20 Wfg.) niedrigere Beitrag, der dort erhoben wird. Ferner wurde die Arbeitsstellung des elsaß-lothringischen Verbandes auf die Dauer für die dortigen Buchdruckergehilfen unhalbtbar, da sie bei Tarif- bezw. Lohnbewegungen auf die Unterstühtung der deutschen Kollegenchaft angewiesen sind. (Wob. d. „Allgem. Verb.“)

Die **Einigkeit im roten Lager** bekommt immer bedenklichere Risse. Anlässlich des Falles Webers Massenstreik trat die längst im Innern vorhandene Unzufriedenheit wieder klar zutage. Nun mag auch ein sozialdemokratisches Blatt, sich gegen die Diktatur der Partei zu wehren. Es schreibt: „Beschlüsse sind in der Partei sehr leicht gefaßt. Wenn sie aber von Hunderten gebrochen werden, so sind nicht immer die die Verbrecher, die den Beschluß nicht halten, sondern die, die ihn herbeiführen. Man solle eben in gewissen Dingen seine Beschlüsse fassen, die dem Gesamtwohnen noch nicht entsprechen, sonst erzeugt man eben Parteiverbrecher nur durch tatsächliche Ungehorsam.“ Der „Vorwärts“ ärgert sich gewaltig, daß es solche Rebellen geben kann und spöttelt über diese „un glaublich kindliche Weisheiten.“ Der Münchener Arbeiter, Verbandsorgan der kath. Arbeitervereine, aber bemerkt hierzu treffend: „Der kathol. Arbeiter sieht, daß es selbst sozialdemokratischen Arbeitern, die wenigstens noch vernünftig denken und urteilen können, im roten Lager nicht besonders gefällt und daß sie sich gegen diese Vergewaltigung ihrer besseren Einsicht wehren. Immer mehr gestaltet sich die Sozialdemokratie zu einem Reich, das in sich uneins ist, und ein solches Reich — zerfällt.“

**Soziale Wahlen.** Bei den kürzlich in Koblenz und Neulinghausen stattgefundenen Gewerkschaftswahlen siegte die Rüte der christlichen Gewerkschaften über die der sozialdemokratischen Richtung.

**Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften** sind eins und werden dies auch in Zukunft sein, das schreibt wieder einmal ein sonst erst zu nehmendes sozialdemokratisches Organ, die Münchener Post im Nr. 147 vom 4. Juli 1906, indem sie in Bezug auf die zur Zeit schwobenden Kontroversen zwischen dem Haptling Böbel und den Vertretern der Gewerkschaften über die Frage des Generalstreiks sagt: „Dieses „Missverständnis“ sei hervorgerufen aus der Unklarheit des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften. Es wird nach diesem Vorgange und den übrigen unerquicklichen Berliner Ereignissen an der Zeit sein, eine Regelung herbeizuführen. Entweder völlige Trennung zwischen Partei und Gewerkschaften oder eine gemeinsame Leitung für beide Gruppen. Wir halten mit Rücksicht und der Frankfurter Volksstimme das letztere für richtig und zeitgemäß. Wenn das sozialdemokratische Blatt sogar eine gemeinsame Leitung für Partei und Gewerkschaften für „zeitgemäß“ hält, dann müssen doch tatsächlich auch beide Organisationen jetzt schon in ihren Zielen gleiche Zwecke verfolgen. Dieses neue Zugeständnis aus dem sozialdemokratischen Lager ist sehr wertvoll; es gibt den christlichen Arbeiterführern nur neue Fingerzeige über den einzuschlagenden Weg.“

**Kontraktbruch von Braunkaufmanns.** Das Oberlandesgericht Köln als vorliegend angesehen im Falle der ehemaligen Metzger der Ortstraßenklasse Köln. Diese höhere Gerichtsstufe bestätigte das Urteil des Landgerichtes, welches dieses infolge der Feststellungsfrage der dortigen Ortstasse gefällt hatte, mit folgender Begründung:

„Von einem Vertragsbruche der R. Ortstraßenklasse wegen Verminderung der Verzehrmahl, wie Beklagte behaupten, kann nicht die Rede sein. Richtig ist, daß durch die am 1. Januar 1904 eingetretene starke Verminderung der Metzgerzahl der Beflagten aller Voraussicht nach erhebliche Mehrarbeit erwuchs. Es mag auch richtig sein, daß die Beflagten damit rechnen mußten, daß gerade sie als in Köln bekannte Metzger besonders in Anspruch genommen würden. Dies alles stellt jedoch keinen wichtigen Grund zur vorzeitigen Auflösung des Dienstvertrages gemäß § 626 des Bürgerl. G.-B. dar. Als Vertragsgenossen der Klägerin mußten sie bei der überaus schwierigen Lage, in welche die Klägerin durch die Kündigung der übrigen Kölner Metzger versetzt war, eine gegen früher erhöhte Tätigkeit auf sich nehmen und daher nicht durch die ganz plötzlich erfolgte Einstellung der Arbeit den Notstand der Klägerin noch erhöhen.“

Wir führen dieses Urteil vornehmlich deshalb an, um wieder einmal auf die Tatsache hinzuweisen, daß Vertragsbrüche auch in anderen Berufs- und Gesellschaftskreisen vorkommen, nicht nur bei streikenden Lohnarbeitern, denen man gewohnheitsmäßig Kontraktbruch als ganz besonders schweres Unrecht anzurechnen pflegt, während gerade hier oft starke Milderungsgründe vorliegen.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

In **Wiesbaden** in Westf. wurde eine Vertrauensmannschaft errichtet. Vertrauensmann ist Koll. Zimmermann.

In **Rehlem** a. d. R. wurde ebenfalls eine Vertrauensmannschaft errichtet. Vertrauensmann ist Koll. Theodor Jenz, Friedensstr. 15.

Wie wir schon in voriger Nummer bekannt gaben, findet unsere General-Versammlung am 16. September in Köln statt.

Laut § 19 unseres Statuts müssen Anträge 4 Wochen vorher, also bis zum 16. Aug. einkommen. Später einkommende Anträge haben kein Anrecht auf Berücksichtigung.

Die Anträge des Zentral-Vorstandes gehen den Mitgliedern in der heutigen Beilage zu.

Bezüglich der Wahl der Delegierten zur General-Versammlung kann leider noch nichts bestimmt werden, da einige Zahlstellen die Abrechnung vom 2. Quartal noch nicht erledigt haben. Wir bitten dringend um sofortige Erledigung. Sobald alle Angaben vorliegen, werden die Wahlen ausgeschrieben.

Wiederholt wird darauf hingewiesen, daß Geldsendungen nur an die Adresse: Peter Huppertz gefandt werden sollen und nicht an den Zentral-Vorstand u. s. w. In letzterem Falle macht die Post Schwierigkeiten.

J. A.: Jos. Hillen.

Wenn sich in den Zahlstellen Statutenbücher befinden, die voraussichtlich bis September nicht gebraucht werden, bitten wir dieselben an uns senden zu wollen.

Abrechnungen gingen noch bis 30. Juli bei der Zentrale ein: Aachen, Köln, Düren, Dalble, Dülmen, Freiburg, Krefeld, Lahr, W.-Glöblich, Oppeln, Paderborn, Stuttgart, Waldkirch und Milthausen.

Peter Huppertz, Zentral-Kassierer.

## Zur Generalversammlung.

### Entwürfe zur General-Versammlung.

Der alte Satz von 35 Wfg. pro Woche wurde allgemein als zu nieder erachtet, jedoch der Einführung von Staffelnbeiträgen nicht beigepflichtet. Denn, wenn z. B. ein Mitglied innerhalb eines Jahres 25 Wochenbeiträge zu 30 Wfg. und 15 zu 40 Wfg. und 12 zu 50 Wfg. infolge der Tätigkeit in verschiedenen Städten zu leisten hätte und dann gegen eine Unterstützung infolge Arbeitslosigkeit etc. zu beanspruchen hätte, so würde es sich sicher entäußert fühlen, wenn es nicht die höchste Unterstützung, was natürlich nur in Großstädten, wo die Lebenshaltung eine viel teurere ist, hauptsächlich in Frage kommen würde, zuerkannt bekäme. Eine prozentuale bezw. Durchschnittsberechnung würde in den meisten Fällen infolge der Schwierigkeit, in der Berechnung, zu Irrtümern führen und hierdurch Mitglieder bezw. die Zentral-Kasse benachteiligt werden. 50 Wfg. Wochenbeitrag wurde allgemein gewünscht. Da man jedoch in nächster Zeit die Gründung einer Lokalfest beabsichtigt, und auch den weniger gut bezahlten Mitgliedern andererseits Rechnung tragen muß, so wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

- § 3d, sowie bei Krankheit und Sterbefällen.
- § 5. . . beschäftigt sind, wie Photo-, Litho-, Chemiegraphen, Anstalten, Stein-, Licht-, Kupfer-, Zink- und Buchdruckereien, Buchbindereien, Kartonnagegeschäften, Buch- und Steindruckfarben, sowie Papierfabriken.
- Der regelmäßige Wochenbeitrag beträgt 45 Wfg. für männliche und 20 Wfg. für weibliche Mitglieder.
- NB. Die Unterstützung der niederen Klasse bleibt jedoch noch 26 Wochen in Kraft.
- § 7. Reiseunterstützung.

26 Wochen bis 20 Wt. Höchstbetrag,	
52 " " 40 " "	"
156 " " 60 " "	"
260 " " 80 " "	"

- § 7 Wfg. 5. . . 12 Monate statt 24, desgleichen 52 Wochenbeiträge statt 104.
- § 8. Arbeitslosenunterstützung.

26 Wochen pro Tag 75 Wfg. bis 20 Wt.	
52 " " " 1,20 Wt. " 40 Wt.	
156 " " " 1,50 " " 60 " "	
260 " " " 1,80 " " 80 " "	

- Wfg. 3. Die Arbeitslosenunterstützung beginnt mit dem 3. Tage.
- § 9. Maßregelungen.

Verheiratete 15 Wt. und Verheiratete 20 Wt. pro Woche.	
§ 10. Streikunterstützung.	
Verheiratete 26 Wochen Mitgliedschaft 12 Wt. pro Woche.	
104 " " " 15 " " "	
104 " " " 18 " " "	

- Und jedes Kind unter 14 Jahren 1 Wt. pro Woche.
- § 12. Weibliche Mitglieder usw. erhalten entsprechend den geleisteten Wochenbeiträgen die Hälfte der festgelegten Unterstützungssätze.
- Sämtliche anwesende Mitglieder erklärten sich bereit, eine Extrasteuer von 50 Wfg. an die Zentrale zu entrichten.

Zahlstelle Hamburg.

H. Hornbach.

## Zum Kapitel „Opferfreudigkeit“.

„Außergewöhnliche Ereignisse erfordern außergewöhnliche Mittel“. Dieser Grundsatz gilt ganz besonders für die Arbeiter-Organisationen. Das beste Beispiel hierfür sehen wir ja an den Unternehmer-Verbänden, die sich bei jeder Gelegenheit, wenn es gilt, einen Schlag gegen unsere Organisationen zu führen, zeigen. Die schwersten Opfer werden gebracht: sei es durch Stilllegung der ganzen Betriebe, sei es durch gegenseitige finanzielle Unterstützung. Für den Arbeiter, der es erlich mit der Organisation meint, darf auch kein Opfer zu groß sein. Nicht nur, daß er sich am gewerkschaftlichen Leben gut beteiligt, er muß auch, wenn es sich um die Stärkung der Verbände-asse oder um deren Entlastung handelt, **opferwillig** sein. Der Zweck dieser Aufschrift soll nicht sein, eine Beitragserhöhung zu propagieren, sondern einmal bei einer hochwichtigen Angelegenheit für unsern Verband durch Sineingreifen in den Geldbeutel unser Interesse zu betonen. Wie ja schon allenthalben bekannt, stehen auf dem diesjährigen Delegiertentag (Generalversammlung) unseres Verbandes sehr schwerwiegende Fragen zur Beratung und haben die Delegierten wahrlich keine leichte Arbeit. Andererseits erwachen hierdurch aber auch dem Verbandsgrößere Ausgaben. Damit nun unsere Zentral-Kasse nicht zu sehr belastet wird, möchte ich den Kollegen und Kolleginnen den Vorschlag unterbreiten, zu diesem Zwecke ein kleines Opfer zu bringen und durch Zahlung eines Extrabeitrages unsere Kasse zu schonen, da wir noch nicht über den Berg hinweg sind. Lassen wir uns doch nicht von unsern Gegnern beschämen. Es ist doch wahrlich kein allzuhartes Opfer für den einzelnen, einmal eine Extraausgabe zu leisten, wodurch sie mitbeitragen, daß der Allgemeinheit gebietet wird, wozu auch sie gehören. Steuern zahlen ist ein notwendiges Übel, aber in diesem Falle kann man unter keinen Umständen von einem Übel leben, sondern von einem Vorteile, der den Mitgliedern auch wieder zugute kommt. Der Kern der Sache ist der: Kollegen und Kolleginnen, zeigt euch opferwillig, gebt euer Interesse an unserm Verbands, der doch stets nur euer Bestes im Auge hat, dadurch Ausdruck, daß ihr euch bereit erklärt, zu den Kosten der Verbänderversammlung euer Scherlein beizutragen, damit die ordentlichen Beiträge nicht angegriffen werden müssen, sondern für die Fälle der Unterstützungen reserviert bleiben. Je größer dieser Fonds ist, desto wirksamer können wir bei eintretenden wirtschaftlichen Kämpfen, bei Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. eingreifen. Haltet euch dies vor Augen und zeigt euch als echte Verbandsmitglieder, die treu zur Organisation stehen in allen Tagen des Lebens! Ich möchte folgenden Vorschlag machen: Verspricht in euren Mitgliedsvereinsangelegenheiten einmündig, einen Extrabeitrag von 50 Wfg. zahlen zu wollen. Ich bin überzeugt, feiner von euch wird es bereuen, das Opfer gebracht zu haben. Hier gilt kein lautes Jögern, leise gemacht ist halb gewonnen!

Köln.

H. Sch.

Die Zahlstelle Köln beschloß in ihrer Sitzung einen Extrabeitrag von 50 Wfg. **Stelle es aber den besser** lohnten Kollegen anheim, auch etwas mehr zu leisten.

## Aus den Zahlstellen.

**Essen (Ruhr).** Ein allgemeines impotentes Gewerkschaftsfest, welches der Essener christlich-nationalen Arbeiterbewegung würdig war, wurde am Sonntag, den 15. Juli, in der für den Katholikentag erbauten Festhalle gefeiert. Die Festhalle, welche mit ihrer 3200 qm Grundfläche mindestens für 1000 Personen Raum bietet, war völlig besetzt. Das Programm, welches in Konzert, Anberulmensest, Vortragsvorträgen, großen Brillantfeuerwerk, Kinnematographischen Vorführungen und Festball bestand, widmete sich zu aller Zufriedenheit ab. Der Vorsitzende des Essener christlichen Gewerkschaftsstellens, Arbeitersekretär Klotz, begrüßte die große Zahl der Erschienenen, besonders die Gewerkschaftler und Grenzgenossen, es waren u. a. anwesend Reichstagsabgeordneter Herr Wiesberts und Herr Wieder, Vorsitzender des christl. Metallarbeiterverbandes und andere hervorragende Gewerkschaftsführer. Herr Klotz betonte unter anderem, daß in einem gemeinsamen Fest der große Gedanke der christlichen Gewerkschaftsbewegung entschieden machtvoller repräsentiert werde und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Kaiser, der als Friedensfürst der Industrie und mit ihr der Arbeiterschaft die Möglichkeit zur Entwicklung gegeben und auch für die berechtigten Bestrebungen der Arbeiterschaft eingenommen sei. Mit Stolz können die Essener christlichen Gewerkschaftler auf das schon gelungene Fest zurückblicken. Hoffentlich wird dasselbe zur Stärkung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung beitragen, auf daß das Ziel erreicht werde, welches die Schlussstrophe des gemeinschaftlich gesungenen Gewerkschaftsliedes mit diesen Worten kennzeichnet:

„Rag Lug und Trug sich nutzlos plagen,  
 Zu kreuzen uns're Bahn,  
 Das, was wir wollen, was wir wagen,  
 Entspricht der Pflicht, nicht leerem Wahn.  
 Fest und entschlossen,  
 Dreinigt und treu!  
 So klagt die Lösung unverbrossen,  
 So wird die Arbeit endlich frei.“

**Krefeld.** Die Gewerkschaftswahl in Krefeld, wo nach dem Verhältniswahlssystem gewählt wurde, zeigte ein starkes Anwachsen der christlichen Stimmen und demnach ein erfreuliches Resultat. Von 24 Wählern erhielt die christliche Liste 14, gegen 7 im Jahre 1908, die soziald. Gewerkschaften erhielten 10 Sitze gegen 17 im Jahre 1908, die Christl.-Dunkerischen Gewerksvereine erhielten im ganzen Bezirk nur 268 Stimmen und gingen leer aus.

**W.-Glöblich.** Am Sonntag, den 8. Juli hielt unsere Zahlstelle ihr erstes Familienfest ab, das sich eines zahlreichen Besuches zu erfreuen hatte. Zu Beginn desselben ward an die Kollegen aus bairischen Zahlstellen, welche in Ummandingen versammelt waren, ein Begrüßungs-telegramm gerichtet. Nach einigen Worten der Begrüßung

an die Erschienenen und Abgingen eines gemeinschaftlichen Liedes gelangte eine passende Deklamation vom Vortrag. Hieraus hielt unser Zentral-Kassierer Kollege Huppertz aus Köln die Festrede, in der er auf die Bedeutung und Notwendigkeit der Organisation hinwies, und insbesondere zur Einigkeit und zum Festhalten an Verbands, sowie zu eifriger Werbearbeit aufhorchte. Die Arbeiter könnten ihren Kindern keinen großen Reichtum hinterlassen, aber wohl dafür sorgen, daß die Arbeitskraft derselben möglichst hoch bewertet werden würde. Besonders auch an die Frauen wandte sich der Redner und begrüßte es, daß dieselben bei solchen Festen Gelegenheit finden, das Wesen und die Ziele der Gewerkschaften kennen zu lernen. Sie möchten ebenfalls für die Festen werden, die Männer hierzu aneifern und unterstützen. Im Anschlusse an diese Ausführungen wies Fr. Graf auf die Gründe hin, wodurch die leider bestehende Intelligenz und Gleichgültigkeit der Frauen in dergleichen Fragen zu erklären sei und wie auf deren Befähigung hingearbeitet werden könne und müsse. Nach einer weiteren ergreifenden Deklamation, die ein erschütterndes Bild aus dem Arbeiterleben entrollt und ihre Wirkung auf die Zuhörer nicht verfehlt, trat eine kurze Pause ein. Im zweiten Teil, der mehr heiterer Unterhaltung dienete, wurde durch Theatervorführungen, sowie humoristische Vorträge den Teilnehmern noch ein paar recht fröhliche Stunden bereitet. Mit dem Verlauf des Festes kann unsere Zahlstelle zufrieden sein, und die Teilnehmer desselben werden es in angenehmer Erinnerung halten.

## Versammlungskalender.

- Dresden. Versammlung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat. Restaurant Schabel, Algenberstr.
- Dalble. Jeden 2. Sonntag im Monat bei Aug. Weder, Kreuz-Strug.
- Donaumbrth. Jeden ersten Samstag im Monat
- Dülmen: Jeden 1. Sonntag im Monat Versamml.
- Freiburg i. B. Alle 14 Tage Versammlung.
- Habelschwerdt. Versammlung jeden letzten Sonnabend im Monat abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr bei Wittwe A. Ulrich, große Kirchstraße 10.
- Hagen. Versammlung alle 4 Wochen.
- Köln. Samstag, 11. Aug., Versammlung zum Vortrag „Im Dreieck“, Streitzeuggasse, Ecke Krebsgasse.
- Der Arbeitsnachweis der Zahlstelle Köln befindet sich bei Kollege Joseph Müller, Kungengasse 4. Sprechstunden: vormittags 8 $\frac{1}{2}$ —9 Uhr, nachmittags 7 $\frac{1}{2}$ —8 Uhr.
- Essen. Dienstag, den 7. August, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr Versammlung mit Vortrag, alle Kollegen werden ersucht pünktlich zu erscheinen.
- München. Dienstag, 7. August, Zusammenkunft mit geselliger Unterhaltung im Rest. Hoimer Rosengarten, Blumenstraße 21.
- Krefeld. Mittwoch, den 8. August, Versammlung.
- Vendersdorf. Versammlung jeden ersten Sonntag im Monat. Nächste Versammlung bei Esser.
- Milthausen i. Ostf. Versammlung jeden 1. Montag im Monat.
- Rürnberg. Jeden 3. Samstag im Monat.
- Stuttgart. Versammlung alle 14 Tage.
- Regensburg. Jeden 2. Samstag im Monat Mitglieder-Versammlung. Lokal: Gasthaus zum „weißen Adler“.
- Bielefeld. Versammlung am 3. August.
- Eberfeld. Mitglieder-Versammlung am 11. August, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr im Lokale Schmidt (früher Wolff) Friedrichstraße.

## Nach

wie

vor

## am schnellsten

erhalten Buchbinder Stellungen in ganz Deutschland durch den Kostenfreien Arbeitsnachweis von

**O. Th. Winckler  
 Leipzig**

**Seeburgstrasse 47,**

weil die Liste derjenigen Meister, die Gehilfen suchen,

## täglich

erscheint. Diese Liste wird allen anfragenden Buchbindergehilfen vollständig kostenfrei zugesandt.

Verantwortlich Jos. Hillen, Köln-Ehrenfeld.  
 Druck: Schirt & Wagener, Köln-Ehrenfeld.